



Ablehnung eines verpflichtenden sozialen Jahres für junge Menschen

Beschluss der
49. Vollversammlung am 08.11.2025



Kurz gesagt!

- Ein verpflichtendes soziales Jahr widerspricht dem Prinzip der Freiwilligkeit und entwertet das Engagement, das junge Menschen bereits leisten.
- Statt Zwang fordert der Landesjugendring Thüringen bessere Rahmenbedingungen und eine verlässliche Förderung freiwilliger Dienste.

Ablehnung eines verpflichtenden sozialen Jahres für junge Menschen

In der politischen Debatte wird das soziale Pflichtjahr häufig als Antwort auf gesellschaftliche Herausforderungen ins Spiel gebracht. Junge Menschen sollen damit der Gesellschaft etwas „zurückgeben“ und so den Zusammenhalt stärken. Doch dieser Ansatz greift zu kurz. Schon heute engagieren sich viele junge Menschen freiwillig und tragen in ganz unterschiedlichen Bereichen Verantwortung. Ein Pflichtjahr übersieht diese Realität, entwertet bestehendes Engagement und blendet die Perspektiven derjenigen aus, die es unmittelbar betreffen würde.

Wir sehen Freiwilligkeit als Grundprinzip - Pflichtjahre widersprechen unserer verbandlichen Grundhaltung.

Junges freiwilliges Engagement erleben wir täglich. Junge Menschen übernehmen seit jeher Verantwortung in Jugendverbänden, Sportvereinen, kulturellen Initiativen, Kirchengemeinden, Rettungsdiensten oder politischen Bewegungen. Diese Vielfalt trägt entscheidend zu einer lebendigen Demokratie und zu gesellschaftlichem Zusammenhalt bei. Insofern „geben junge Menschen jetzt schon der Gesellschaft etwas zurück“, was wertschätzend anzuerkennen ist.

Freiwilligkeit funktioniert – und verdient mehr Unterstützung

Schon heute engagieren sich jedes Jahr zehntausende junge Menschen in Freiwilligendiensten. Laut Bundesstatistik nehmen allein im Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) regelmäßig etwa fünfzigtausend junge Menschen teil, im Bundesfreiwilligendienst (BFD) sind es im Jahresdurchschnitt rund fünfunddreißigtausend und im Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ) mehrere tausend. Diese Zahlen zeigen, dass die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen und sich für die Gesellschaft einzusetzen, vorhanden ist.

Was fehlt, sind bessere Rahmenbedingungen, damit sich noch mehr junge Menschen für diesen Weg entscheiden können.

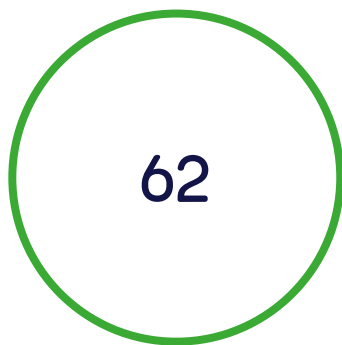
Beschluss

Der Landesjugendring Thüringen e.V. lehnt die Einführung eines verpflichtenden sozialen Jahres für junge Menschen ab. Freiwilliges Engagement ist ein tragendes Element unserer demokratischen Gesellschaft – es lebt von der

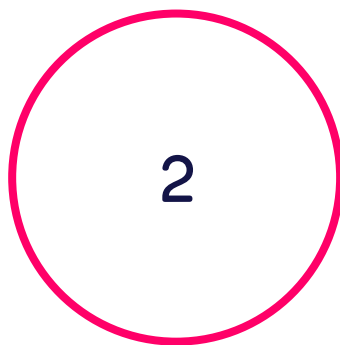
freien Entscheidung, Verantwortung zu übernehmen. Ein Pflichtjahr widerspricht diesem Prinzip und entwertet das vielfältige Engagement, das junge Menschen bereits heute leisten

Der Landesjugendring Thüringen e.V. fordert stattdessen die Landesregierung auf, sich für eine nachhaltige Stärkung und den Ausbau bereits bestehender Freiwilligendienste, einschließlich deren besserer finanziellen Absicherung gegenüber dem Bund einzusetzen. Dazu gehören u.a. eine deutliche Erhöhung des Taschengeldes, bessere finanzielle Absicherung, der Abbau infrastruktureller Hürden (z. B. ÖPNV), sowie die stärkere Anerkennung des persönlichen und gesellschaftlichen Mehrwerts für junge Menschen.

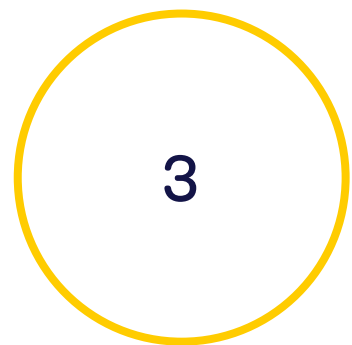
Abstimmung



JA



NEIN



ENTHALTUNG